

Rede des Landesvorsitzenden der PDS Mecklenburg-Vorpommern, Peter Ritter, auf der 4.Tagung des 7. Landesparteitages am 11. April 2003 in Teterow

## **Friedenspartei sein, heißt mehr als gegen den Krieg sein**

Anrede,

am vergangenen Sonnabend hat die PDS bundesweit deutlich Zeichen gesetzt:

die PDS ist Teil einer breiten Friedensbewegung.

Sie ist dabei anerkannter Partner.

Die PDS ist mobilsierungs- und politikfähig.

Die Reden der internationalen Gäste und die der deutschen Friedensbewegung haben uns bestärkt, in unserem Kampf gegen den Krieg nicht nachzulassen.

Jede und jeder an seinem Ort.

Auf den Straßen und Plätzen unseres Landes.

In den Kommunalvertretungen und im Landtag.

Auf der Regierungsbank und in den außerparlamentarischen Bewegungen.

Der Parteitag hat aber auch deutlich gemacht:

Friedenspartei sein heißt, mehr als gegen den Krieg zu sein.

Und für uns heißt das, im Rahmen der Programmdebatte auch die Fragen von Krieg, Frieden, Außenpolitik, Abrüstung, Konversion, Rolle der EU und der UNO zu debattieren.

Und zwar ernsthaft.

Und ohne gleich am Anfang wieder zu unterstellen, es ginge nur darum, Münster aufzuheben oder Nabelschau zu betreiben.

Solche selbst auferlegten Denk- und Diskussionsverbote bringen uns keinen Schritt weiter.

Worum geht es?

Mit seiner Regierungserklärung hat der Bundeskanzler die Neuausrichtung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik angekündigt.

Ziel dabei ist, weltweite Bedeutung zu reklamieren.

Das schließt ein, die Bundeswehr zu einem Instrument der Außenpolitik zu machen.

Das ist nicht unser Ziel.

Unser Ziel heißt:

Außenpolitik muss Friedenspolitik sein. Sicherheit ist gegenseitige Sicherheit, ist sozialer Ausgleich und Demokratisierung.

Der Bundeskanzler meint, die UNO müsse gestärkt werden.

Auch wir meinen das.

Aber wir wollen, dass dabei Androhung und Anwendung von Gewalt aus der Politik zu verbannen ist.

Der Bundeskanzler meint, um diese Ziele zu erreichen, müsse auch der Rüstungsetat erhöht werden.

Wir meinen, der Rüstungshaushalt muss gesenkt werden.

Die frei werdenden Gelder müssen für Konversion eingesetzt und zu Gunsten der Kommunen umgeschichtet werden.

Wir brauchen aber auch Antworten zur Entwicklung im Nachkriegs-Irak.

Wir dürfen nicht im Rahmen der NATO zur Besatzungsmacht werden.

Die Truppenstationierungen auf dem Balkan zeigen doch, dass mit militärischer Präsenz, die von den eingesetzten Soldaten viel abverlangt, zwar scheinbar Ruhe herrscht, besser gesagt durchgesetzt wird, eine Entwicklung aber hin zu Demokratie, Selbstbestimmung und friedlichem Miteinander auf Dauer nicht erreicht werden kann.

Das zeigt auch Afghanistan.

Das wird auch der Irak zeigen.

Auf Bajonetten lässt sich kein dauerhafter Frieden errichten!

## **Reformen mit und durch die PDS**

Anrede,

Am Wochenende fand noch ein weiterer Parteitag statt.

Die Landes-SPD wählte einen neuen Vorsitzenden und einen neuen Vorstand.

Wählte sie damit auch einen neuen Kurs?

Nun, ein altes Sprichwort sagt:

"Neue Besen kehren gut"

Wer aber beim "kehren" noch etwas unerfahren ist, läuft Gefahr, an den falschen Stellen Staub aufzuwirbeln.

Und deshalb sage ich heute, wie in Sternberg:

Die PDS ist nicht zu aller erst Koalitionspartner von irgend jemand.

Wir sind zu aller erst eine eigenständige Partei.

Wir lassen uns politisches Agieren nicht vorschreiben.

Wenn uns der neue SPD-Landesvorsitzende "Reformunwilligkeit" vorwirft, nehme ich das gern an.

Nämlich, wenn es darum geht, Reformen zu verhindern, die zum bloßen Sozialabbau verkommen.

Reformen, die die Umverteilung von unten nach oben fortsetzen.

Reformen, bei denen sozial Schwache, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger die Zeche zahlen sollen.

Nein, ich bin nicht willig, eine solche Reform zu unterstützen.

Den Vorwurf der "Reformunwilligkeit" nehme ich aber nicht an, wenn es um die Verwaltungs- und Funktionalreform geht.

Hier sage ich klar, wir haben diese Reform vereinbart und wir werden sie umsetzen.

Aber nicht mit der Brechstange.

Wir, und nicht nur wir, haben Fragen und ernst zu nehmende Bedenken bei manchen Vorstellungen zur Reform.

Es geht uns um verfassungs- und kommunalrechtliche Fragen.

Es geht um Plus und Minus der 94'er Reform.

Es geht uns um Aufgabenverlagerung, um Bürgernähe, um Effizienz und Modernität von Verwaltung.

Unsere in Sternberg konstituierte Arbeitsgruppe zur "Verwaltungs- und Funktionalreform" wird sich am Montag unter Leitung von Arno Schoenenburg zur ersten Beratung treffen, um über diese Fragen, unsere Antworten und unsere Alternativen zu beraten.

Anrede,

den Vorwurf zur Reformunwilligkeit weise ich auch zurück, wenn es um die weitere Ausgestaltung der vorschulischen und schulischen Bildung geht.

Wir werden das kostenfreie Vorschuljahr einführen und das KITA-Gesetz novellieren. Wir werden dazu einen breiten Dialog mit Eltern, Erzieherinnen, Trägern und Kommunalpolitikern führen.

Wir werden auf vielen anderen Politikfeldern Reformen voran bringen.

Wir sind in dieser Woche mit einer Lockerung der Residenzpflicht einen weiteren Schritt zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Asylbewerberinnen und Asylbewerber gegangen.

Wir werden weiter um Alternativen zu Hartz und Rürup ringen.

Helmut hat dazu in der letzten Woche unter der Überschrift "Arbeit, Ausbildung, Aufträge - für ein Innovationsprojekt Ost" in einem Diskussionspapier erneut Vorschläge unterbreitet.

Die neu gebildete "Konferenz der PDS-Landtagsfraktionsvorsitzenden" hat auf ihrer Beratung in Schwerin diesen Diskussionsprozess aufgenommen und wird ihn in alle ostdeutschen Landtage tragen.

Wir müssen die in Schwerin gestartete Kampagne "Unterm Strich, nur Solidarität rechnet sich" mit Leben erfüllen und unsere Alternativen für eine Gesundheitsreform vorstellen, die auf gesunden Beinen steht.

Und wenn die SPD auf ihrem Parteitag die Kürzung der Empfangsdauer des Arbeitslosengeldes, die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe auf das Niveau der Sozialhilfe und die Privatisierung des Krankengeldes ablehnt, sind wir doch auf einer Seite!

Wir müssen nur die Umsetzung unserer Parteitagsbeschlüsse ernst nehmen !

Beide Seiten!

### **Nicht "Prima-Klima" zählt, sondern Ergebnisse**

Anrede,

wenn nun angesichts der Debatten zwischen SPD und PDS, ja auch angesichts offener Differenzen CDU und einige andere im Land frohlocken, rot-rot wäre am Ende, dem sage ich:

Zu früh gefreut!

Denn nicht der uns von außen angedichtete "Prima-Klima-Klub" zählt, sondern Ergebnisse.

Wir sind bereit, vereinbartes zu erfüllen.

Dass es dabei Streit um die besten Lösungen gibt, ist doch normal.

Und das ist auch besser als alle Alternativen, die sich bieten.

Denn, CDU ist nun wirklich keine Alternative!

Schauen wir uns deren Frontmann an:

Herr Rehberg steht immer hinter jemanden.

Erst steht er hinter Frau Merkel.

Als die weggefrühstückt wurde und Stoiber Kanzlerkandidat war, stand Herr Rehberg hinter Stoiber, wurde dessen "Ostberater".

Diese "Ostberatung" ging gründlich in die Hose, nun steht Herr Rehberg nicht mehr hinter Stoiber, jetzt kritisiert er dessen Reformpläne.

Dafür steht er wieder hinter Frau Merkel und ihrem Kriegsbefürwortungskurs.

Wer aber immer hinter jemandem steht, und wer seinen Standpunkt wechselt wie andere die Hemden, kann als Alternative doch nicht ernst genommen werden.

Auch die jüngsten Kommunalwahlergebnisse zeigen, dass CDU und CDU-Politiker längst nicht mehr nur als Hoffnungsträger wahr genommen werden.

Wenn in Städten wie Demmin, Jarmen, Loitz oder Altentreptow, seit 13 Jahren Hochburgen der CDU, die Amtsinhaber bei Bürgermeisterwahlen keinesfalls klar ihre Ämter verteidigen konnten, ist das ein deutliches Zeichen.

Wenn in Loitz ein anerkannter PDS-Kommunalpolitiker 44% bei Bürgermeisterwahlen holt, ist das für uns Signal, dass Kompetenz bei Wählerinnen und Wählern gefragt ist.

Kompetenz und Glaubwürdigkeit, Erfahrungen und Durchsetzungskraft sind auch Eigenschaften, die die am 23.März in Ückermünde gewählte Bürgermeisterin auszeichnen.

Herzlichen Glückwunsch an Heidi Michaelis und viel Glück beim Meistern der neuen Aufgabe.

Auf dem Weg ins Wahljahr 2004 sind das Ergebnisse, die Mut machen und Ansporn sein müssen.

### **Beschlüsse von Sternberg und Berlin umsetzen**

Mit den Beschlüssen des Sternberger Parteitages haben wir uns auf den Weg gemacht, das Wahljahr 2004 zum Erfolg zu machen.

Die Wahlen werden aber kein Selbstläufer.

Mit dem nun hoffentlich einsetzenden Frühling muss auch ein Ruck durch uns selbst gehen.

Nutzen wir den Frühjahrsputz im Garten, um das Gespräch mit dem Nachbarn wieder aufzunehmen. Interessieren wir uns wieder für seine Probleme, interessieren wir ihn wieder für uns.

Nutzen wir den Ostermarsch um in der Kyritz-Ruppiner Heide zu zeigen, wir wollen keinen Krieg, und wir wollen keine Plätze mehr, wo man Krieg übt.

Machen wir den 1.Mai wieder zum Kampftag, zum Kampftag für Arbeit und Beschäftigung, und zwar gemeinsam mit den Gewerkschaften und Arbeitsloseninitiativen.

Nehmen wir uns und unsere Beschlüsse ernst!